

## Antwort

### der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrej Hunko, Jan Korte, Herbert Behrens, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 17/14512 –**

### **Weltweite Ausforschung der Telekommunikation über das US-Programm PRISM**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Nach eigener Auskunft hat die Bundesregierung über das Spionageprogramm erst aus den Medien erfahren. Zunächst hatten auch die Firmen, auf deren Rechner der amerikanische Geheimdienst NSA zugriff, Ahnungslosigkeit demonstriert. Im Juni 2013 hat das Bundesministerium des Innern deshalb einen Brief an die amerikanische Botschaft sowie weitere an die betroffenen Firmen (Yahoo, Microsoft, Google, Facebook, Skype, AOL, Apple und YouTube) geschickt. Die Fragen sind im Internet dokumentiert (<https://netzpolitik.org/2013/prism-google-und-microsoft-liefern-deutschen-ministerien-mehr-offene-fragen-als-antworten>). Über etwaige Antworten ist allerdings bislang nichts bekannt.

#### Vorbemerkung der Bundesregierung

Soweit parlamentarische Anfragen Umstände betreffen, die aus Gründen des Staatswohls geheimhaltungsbedürftig sind, hat die Bundesregierung zu prüfen, ob und auf welche Weise die Geheimhaltungsbedürftigkeit mit dem parlamentarischen Informationsanspruch in Einklang gebracht werden kann (Bundesverfassungsgericht 124, 161 [189]). Die Bundesregierung ist nach sorgfältiger Abwägung zu der Auffassung gelangt, dass die Fragen 5 und 5m aus Geheimhaltungsgründen nicht in dem für die Öffentlichkeit einsehbaren Teil beantwortet werden können.

Zwar ist der parlamentarische Informationsanspruch grundsätzlich auf die Beantwortung gestellter Fragen in der Öffentlichkeit angelegt. Die Einstufung der Antwort zu den Fragen 5 und 5m als Verschlussache (VS) mit dem Geheimhaltungsgrad „VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH“ ist aber im vorliegenden Fall im Hinblick auf das Staatswohl erforderlich. Nach § 3 Nummer 4 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum materiellen und organisatorischen Schutz von Verschlussachen (Verschlussachenanweisung – VSA) sind Informationen, deren Kenntnisnahme durch Unbefugte für die Interessen der Bun-

desrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder nachteilig sein können, entsprechend einzustufen.

In den Antworten zu den genannten Fragen sind Auskünfte enthalten, die unter dem Aspekt des Schutzes der nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern besonders schutzbedürftig sind. Eine öffentliche Bekanntgabe von Informationen zu technischen Fähigkeiten von ausländischen Partnerdiensten und damit einhergehend die Kenntnisnahme durch Unbefugte würde erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit haben. Würden in der Konsequenz eines Vertrauensverlustes Informationen von ausländischen Stellen entfallen oder wesentlich zurückgehen, entstünden signifikante Informationslücken mit negativen Folgewirkungen für die Genauigkeit der Abbildung der Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland sowie im Hinblick auf den Schutz deutscher Interessen im Ausland. Die künftige Aufgabenerfüllung der Nachrichtendienste des Bundes würde stark beeinträchtigt. Insofern könnte die Offenlegung der entsprechenden Informationen die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder ihren Interessen schweren Schaden zufügen. Deshalb sind die Antworten zu den genannten Fragen gemäß § 3 Nummer 4 VSA als „VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH“ eingestuft und werden dem Deutschen Bundestag gesondert übermittelt.

1. Welche Antworten hat die Bundesregierung wann und von welchen Stellen der Unternehmen Yahoo, Microsoft, Google, Facebook, Skype, AOL, Apple und YouTube oder eventuell von weiteren Firmen erhalten?
  - a) Arbeiten die Unternehmen mit den US-Behörden im Zusammenhang mit dem Programm PRISM zusammen?
  - b) Sind im Rahmen dieser Zusammenarbeit auch Daten deutscher Nutzer betroffen?
  - c) Welche Kategorien von Daten werden den US-Behörden zur Verfügung gestellt?
  - d) In welcher Jurisdiktion befinden sich die dabei involvierten Server?
  - e) In welcher Form erfolgt die Übermittlung der Daten an die US-Behörden?
  - f) Auf welcher Rechtsgrundlage erfolgt die Übermittlung der Daten deutscher Nutzer an die US-Behörden?
  - g) Gab es Fälle, in denen die Unternehmen die Übermittlung von Daten deutscher Nutzer abgelehnt haben?  
Wenn ja, aus welchen Gründen?
  - h) Wurden deutsche Nutzer betreffende „Special Requests“, die laut Medienberichten Bestandteil der Anfragen der US-Sicherheitsbehörden sind, an die Unternehmen gerichtet, und wenn ja, was war deren Gegenstand?

An acht Unternehmen, die über Niederlassungen in Deutschland verfügen, wurden am 11. Juni 2013 Schreiben gerichtet. Antworten von folgenden Unternehmen liegen vor:

|   | Betroffene US-Unternehmen | Antwortende Stelle         | Antwort lag vor |
|---|---------------------------|----------------------------|-----------------|
| 1 | Yahoo!                    | Yahoo! Deutschland GmbH    | 14. Juni 2013   |
| 2 | Microsoft                 | Microsoft Deutschland GmbH | 16. Juni 2013   |
| 3 | Google                    | Google Germany GmbH        | 14. Juni 2013   |

|   | Betroffene US-Unternehmen        | Antwortende Stelle               | Antwort lag vor                     |
|---|----------------------------------|----------------------------------|-------------------------------------|
| 4 | Facebook                         | Facebook Germany GmbH            | 13. Juni 2013                       |
| 5 | Apple                            | Apple Distribution International | 14. Juni 2013                       |
| 6 | AOL                              |                                  | Liegt nicht vor                     |
| 7 | Skype (Microsoft-Konzerntochter) |                                  | Verweis auf Konzernmutter Microsoft |
| 8 | YouTube (Google-Konzerntochter)  |                                  | Verweis auf Konzernmutter Google    |

In den vorliegenden Antworten wird die in den Medien im Zusammenhang mit dem Programm PRISM dargestellte unmittelbare Zusammenarbeit der Unternehmen mit US-Behörden dementiert. Die Übermittlung von Daten finde allenfalls im Einzelfall auf Basis der einschlägigen US-Rechtsgrundlagen auf Grundlage richterlicher Beschlüsse statt.

2. Sofern die Bundesregierung keine Antworten auf die Fragen an die Unternehmen bekommen hat, welche Schritte unternahm sie bzw. gedenkt sie zu unternehmen, um die Informationen dennoch zu erhalten, und welche Ergebnisse zeitigten die Bemühungen bislang (bitte im Hinblick auf die genannten Fragen 1a bis 1h darstellen)?

Die Fragen der Bundesregierung sind von den Unternehmen beantwortet worden. Zusätzlich wurden am 9. August 2013 alle Unternehmen nochmals mit der Bitte um neue Sachstandsinformationen angeschrieben.

3. Sofern die Bundesregierung keine Antworten auf die Fragen an die Unternehmen bekommen hat, über welche Quellen konnte sie an eigene Erkenntnisse gelangen, und worin bestehen diese (bitte im Hinblick auf die genannten Fragen 1a bis 1h darstellen)?

Entfällt, da die Unternehmen die Fragen der Bundesregierung beantwortet haben. Ergänzend wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

4. Über welche rechtlichen Möglichkeiten verfügt die Bundesregierung, um die verlangten Informationen dennoch zu bekommen, und ist sie bereit, diese Möglichkeiten voll auszuschöpfen?

Auf die Antwort zu Frage 3 wird verwiesen.

5. Welche Antworten hat die Bundesregierung wann und von welcher Stelle auf das Schreiben an die US-Botschaft erhalten?

Im Rahmen der Aufklärungsaktivitäten der Bundesregierung legte die US-Seite zwischenzeitlich dar, dass entgegen der Mediendarstellung zu PRISM und weiteren Programmen nicht massenhaft und anlasslos Kommunikation über das Internet aufgezeichnet wird, sondern eine gezielte Sammlung der Kommunikation Verdächtiger in den Bereichen Terrorismus, organisierte Kriminalität, Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit der USA erfolgt. PRISM dient zur Umsetzung der Befugnisse nach Section 702 des „Foreign Intelligence Surveillance Act“ (FISA).

Bei der Durchführung von Maßnahmen nach Section 702 FISA bedarf es nach Auskunft der US-Seite einer richterlichen Anordnung. Die Zuständigkeit für deren Erlass liegt bei einem auf der Grundlage des FISA eingerichteten Fachgericht („FISA-Court“). Eine Anordnung nach Section 702 FISA muss jährlich erneuert werden. Über FISA-Maßnahmen sind der Justizminister und der Director of National Intelligence gegenüber dem Kongress und dem Abgeordnetenhaus berichtspflichtig.

Daneben erfolgt laut Informationen der US-Seite eine Erhebung nur von Metadaten gemäß Section 215 Patriot Act, die ebenfalls auf einem richterlichen Beschluss beruht. Diese Erfassung betrifft allein Telefonate innerhalb der USA sowie solche, deren Ausgangs- oder Endpunkt in den USA liegen.

Von einer in den Medien behaupteten Totalüberwachung kann nach Mitteilung der US-Regierung nicht die Rede sein.

Zwischenzeitlich hat die National Security Agency (NSA) gegenüber Deutschland dargelegt, dass sie in Übereinstimmung mit deutschem und amerikanischem Recht handle. Die Bundesregierung und auch die Betreiber großer deutscher Internetknoten haben keine Hinweise, dass durch die USA in Deutschland Daten ausgespäht werden.

Die Vertreter der US-Behörden haben der Bundesregierung zugesichert, die Deklassifizierung eingestufte Dokumente zu prüfen und sukzessive weitere Informationen bereitzustellen. In diesem Zusammenhang hat der Director of National Intelligence im Weißen Haus, General James R. Clapper, angeboten, den Deklassifizierungsprozess durch fortlaufenden Informationsaustausch zu begleiten. Mitarbeiter des Bundeskanzleramts (BKAm) und des Bundesministeriums des Innern (BMI) bilden die dafür notwendige Kontaktgruppe, um so auf die rasche Freigabe der relevanten Dokumente hinwirken zu können. Dieses Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

- a) Betreiben US-Behörden ein Programm oder Computersystem mit dem Namen PRISM (bzw. mehrere) und vergleichbare Programme oder Systeme?

Auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 38 der Kleinen Anfrage der Fraktion der SPD vom 13. August 2013 auf Bundestagsdrucksache 17/14456 wird verwiesen.

- b) Welche Datenarten (Bestandsdaten, Verbindungsdaten, Inhaltsdaten) werden durch PRISM oder vergleichbare Programme erhoben oder verarbeitet?

PRISM dient nach Auskunft der US-Seite der Verarbeitung von Verbindungs- und Inhaltsdaten unter den Voraussetzungen von Section 702 FISA.

- c) Werden ausschließlich personenbezogene Daten von nicht US-amerikanischen Telekommunikationsteilnehmern erhoben oder verarbeitet, bzw. werden auch personenbezogene Daten US-amerikanischer Telekommunikationsteilnehmer erhoben oder verarbeitet, die mit deutschen Anschlüssen kommunizieren?

Die Erfassung bzw. Verarbeitung von Metadaten gemäß Section 215 Patriot Act betrifft nach Auskunft der US-Behörden Telefonate innerhalb der USA sowie solche, deren Ausgangs- oder Endpunkt in den USA liegen.

Sofern eine Erfassung bzw. Verarbeitung von Inhalts- bzw. Metadaten gemäß Section 702 FISA erfolgt, betrifft dies nach Informationen der US-Seite ausschließlich Daten von nicht US-amerikanischen Telekommunikationsteilnehmern.

- d) Werden mit PRISM oder vergleichbaren Programmen personenbezogene Daten deutscher Staatsangehöriger oder sich in Deutschland aufhaltender Personen erhoben oder verarbeitet?

Die Bundesregierung kann nicht ausschließen, dass mit PRISM oder vergleichbaren Programmen personenbezogene Daten deutscher Staatsangehöriger oder sich in Deutschland aufhaltender Personen erhoben oder verarbeitet werden. Den US-amerikanischen Rechtsrahmen hierfür bildet Section 702 FISA. Insofern gelten die in der Antwort zu Frage 5 ausgeführten Voraussetzungen und Beschränkungen.

Hinsichtlich der Frage einer Datenerhebung durch die USA in Deutschland wird auf die Antwort zu den Fragen 5 und 5e verwiesen.

- e) Werden Daten mit PRISM oder vergleichbaren Programmen auch auf deutschem Boden erhoben oder verarbeitet?

Die Bundesregierung hat keine Hinweise, dass durch die USA in Deutschland Daten ausgespäht werden. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

- f) Werden Daten von Unternehmen mit Sitz in Deutschland für PRISM oder von vergleichbaren Programmen erhoben oder verarbeitet?  
g) Werden Daten von Tochterunternehmen US-amerikanischer Unternehmen mit Sitz in Deutschland für PRISM oder von vergleichbaren Programmen erhoben oder verarbeitet?

Auf die Antwort zu Frage 5e wird verwiesen.

- h) Gibt es Absprachen mit Unternehmen mit Sitz in Deutschland, dass diese Daten für PRISM zur Verfügung stellen?  
Falls ja, inwieweit sind Daten von Unternehmen mit Sitz in Deutschland im Rahmen von PRISM oder vergleichbaren Programmen an US-Behörden übermittelt worden?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Kenntnisse vor. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

- i) Auf welcher Grundlage im US-amerikanischen Recht basiert die im Rahmen von PRISM oder vergleichbaren Programmen erfolgende Erhebung und Verarbeitung von Daten?

Die USA teilten mit, dass PRISM allein der Aufgabenerfüllung gemäß Section 702 FISA dient. Diese Norm erlaubt die gezielte Sammlung von Meta- und Inhaltsdaten zu Zwecken der Bekämpfung u. a. des Terrorismus, der Proliferation und der organisierten Kriminalität sowie dem Schutz der nationalen Sicherheit. Diese Sammlung bezieht sich also auf konkrete Personen, Gruppen oder Ereignisse. Die Erfassung nach Section 702 setzt zudem einen Beschluss des FISA-Courts voraus.

Das bedeutet, dass keine flächendeckende Erhebung und Speicherung von Inhaltsdaten stattfindet, sondern nur gezielt Informationen zu bekannten Personen, Gruppen oder Ereignissen erhoben würden (z. B. ausgehend von einer bekannten E-Mail-Adresse das Kontaktfeld ermittelt wird).

Metadaten mit Bezug zu den USA werden gemäß Section 215 Patriot Act erhoben. Die Sammlung erfolgt „in bulk“ mit einer Speicherdauer von maximal fünf Jahren. Die Erhebung und der Zugriff auf diese Daten verlangt im Einzel-

fall ebenfalls einen richterlichen Beschluss. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 5c verwiesen.

- j) Geschieht die Erhebung und Nutzung personenbezogener Daten im Rahmen von PRISM oder vergleichbaren Programmen aufgrund richterlicher Anordnung?

Zur Durchführung von Maßnahmen nach Section 702 FISA bedarf es nach Mitteilung der US-Seite einer richterlichen Anordnung. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

- k) Welche Rechtsschutzmöglichkeiten haben Deutsche, deren personenbezogene Daten im Rahmen von PRISM oder vergleichbarer Programme erhoben oder verarbeitet worden sind?

Die Antwort zu dieser Frage ist von zahlreichen Faktoren abhängig, zu denen der Bundesregierung noch keine ausreichenden Informationen seitens der USA zugegangen sind. Die Bundesregierung geht davon aus, dass sie im Zuge ihrer weiteren Aufklärungsbemühungen (vgl. Antwort zu Frage 5) hierzu nähere Informationen erhalten wird.

- l) Betreiben US-Behörden ein Analyseverfahren „Boundless Informant“ oder vergleichbare Analyseverfahren?

Auf den VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH eingestuftem Antwortteil gemäß Vorbemerkung der Bundesregierung wird verwiesen.\*

- m) Welche Kommunikationsdaten werden von „Boundless Informant“ oder vergleichbaren Analyseverfahren verarbeitet?

Auf den VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH eingestuftem Antwortteil gemäß Vorbemerkung der Bundesregierung wird verwiesen.\*

- n) Welche Analysen werden von „Boundless Informant“ oder vergleichbaren Analyseverfahren ermöglicht?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Informationen vor.

- o) Werden durch „Boundless Informant“ oder vergleichbare Analyseverfahren personenbezogene Daten von deutschen Grundrechtsträgern erhoben oder verarbeitet?

Aufgrund des von US-Seite angegebenen Einsatzzwecks (vgl. Antwort zu Frage 5m, VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH eingestuftem Antwortteil) geht die Bundesregierung derzeit nicht von einer Erhebung personenbezogener Daten durch Boundless Informant aus. Für eine abschließende Bewertung liegen der Bundesregierung jedoch noch keine ausreichenden Informationen vor.

- p) Werden durch „Boundless Informant“ oder vergleichbare Analyseverfahren personenbezogene Daten in Deutschland erhoben oder verarbeitet?

Auf die Antwort zu Frage 5e wird verwiesen.

---

\* Das Bundesministerium des Innern hat die Antwort als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft. Die Antwort ist in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort nach Maßgabe der Geheimschutzordnung eingesehen werden (diese Regelung gilt noch befristet bis zum Ende der 17. Wahlperiode).

6. Sofern die Bundesregierung keine Antworten auf die Fragen an die US-Botschaft bekommen hat, welche Schritte unternahm sie bzw. gedenkt sie zu unternehmen, um die Informationen dennoch zu erhalten, und welche Ergebnisse zeitigten die Bemühungen bislang (bitte im Hinblick auf die genannten Fragen 5a bis 5p darstellen)?

Die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat das Thema ausführlich mit US-Präsident Barak Obama erörtert und um Aufklärung gebeten. In diesem Sinne haben sich politisch flankierend Außenminister Dr. Guido Westerwelle gegenüber seinem Amtskollegen John Kerry und die Bundesministerin der Justiz Sabine Leutheusser-Schnarrenberger gegenüber ihrem Amtskollegen Eric Holder geäußert. Der Bundesminister des Innern Dr. Hans-Peter Friedrich hat sich im Rahmen mehrerer Gespräche, darunter mit US-Vizepräsident Joe Biden, für eine schnelle Aufklärung eingesetzt. Daneben fanden Gespräche auf Expertenebene statt. Dieser Dialog wird fortgesetzt.

Diese Initiativen haben einen wesentlichen Beitrag zur Aufklärung des Sachverhalts auch im Hinblick auf die Beantwortung der Fragen an die US-Botschaft geleistet.

Die USA haben der Bundesregierung, wie in der Antwort zu Frage 5 dargelegt, bereits eine Reihe von Informationen zugeleitet. Für die Beantwortung weiterer Fragen haben die USA einen umfangreichen Deklassifizierungsprozess eingeleitet, der jedoch Zeit benötigt. Die Bundesregierung geht davon aus, dass im Zuge des Deklassifizierungsprozesses ihre Fragen abschließend von den USA beantwortet werden.

7. Sofern die Bundesregierung keine Antworten auf die Fragen an die US-Botschaft bekommen hat, über welche Quellen konnte sie an eigene Erkenntnisse gelangen und worin bestehen diese (bitte im Hinblick auf die genannten Fragen 5a bis 5p darstellen)?

Auf die Antwort zu Frage 6 wird verwiesen.

8. Welche eigenen Erkenntnisse konnte die Bundesregierung mittlerweile zum britischen Überwachungsprogramm „Tempora“ bzw. vergleichbarer britischer Systeme sammeln, und worin bestehen diese?

Zur Klärung der Hintergründe des britischen Programms Tempora führte eine deutsche Expertendelegation am 29. und 30. Juli 2013 Gespräche mit den zuständigen britischen Behörden.

Im Ergebnis wurde von der britischen Seite versichert, dass

- die nachrichtendienstliche Tätigkeit entsprechend den Vorschriften des nationalen Rechts ausgeübt werde und den Anforderungen der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), insbesondere Artikel 8 EMRK, entspreche,
- keine rechtswidrige wechselseitige Aufgabenteilung der Nachrichtendienste stattfinde, um die jeweiligen Rechtsgrundlagen zu umgehen,
- generell keine Erfassung von Datenverkehr in Deutschland erfolge und
- auch keine Wirtschaftsspionage betrieben werde.

Alle Anordnungen müssten durch den zuständigen Minister (üblicherweise der Außenminister) genehmigt werden und unterliegen zudem der unabhängigen und engen Kontrolle durch einen Geheimdienst- und einen Beauftragten für Telekommunikationsüberwachung. Jedermann konnte sich überdies mit Fragen

und Beschwerden zur Arbeit von Government Communications Headquarter (GCHQ) an das „Investigatory Powers Tribunal“ wenden, das bei unberechtigter Datenerhebung deren Löschung veranlassen und Schadensersatzansprüche zusprechen könne.

Die Gespräche haben gezeigt, dass in Großbritannien zwar andere Kontrollmechanismen als in Deutschland, jedoch wirksame und vergleichbare für die technische Datenerhebung durch Nachrichtendienste vorliegen. Der Dialog zur Klärung weiterer offener Fragen wird auf Expertenebene fortgesetzt. Zudem prüft auch die britische Seite, ob eine Deklassifizierung bestimmter Informationen möglich ist.